

Die Klimakanzlerin?

Aus meiner Sicht

Angela Merkel wurde einst als Retterin des Weltklimas gefeiert. Doch sie unterlag den Interessen der Industrie. Auf dem Gipfel in Paris geben andere den Ton an.

VON CLAUDIA KEMFERT

Dieses Bild haben wir alle im Gedächtnis. Angela Merkel in roter Windjacke vor schmelzendem Eismeer in Grönland, das war im Frühjahr 2007. Es trägt den Titel „Klimakanzlerin“. Deutschland hatte die EU-Präsidenschaft inne, und Merkel nutzte diesen herausgehobenen Status für eine weltweite Kampagne. Rund 30 Länder in Europa, Asien, Nordamerika und Afrika bereiste die Bundeskanzlerin, um für ambitionierte Klimaziele zu werben. Als Gastgeberin beim G8-Gipfel in Heiligendamm setzte sie das Thema ganz oben auf die Tagesordnung und hatte Erfolg: Selbst dem Öl-Präsidenten George W. Bush rang sie das Bekenntnis ab, dass der Klimawandel ein im Wesentlichen vom Menschen verursachter Prozess sei. Das Ende amerikanischer Ignoranz wurde umjubelt und Merkel von den Medien als Retterin des Weltklimas gefeiert. Doch schon im Frühjahr drauf stoppte Merkel verschärfte Klima-Gesetze in Brüssel. Nunmehr ging es der deutschen Kanzlerin vor allem darum, der heimischen Wirtschaft allzu große Belastungen durch Klimaschutz zu ersparen. Als Ausrede für dieses Einknicken vor Industrie-Interessen kam ihr die Finanzkrise sehr gelegen: Plötzlich waren Banken und Manager-Boni wichtiger als schmelzende Polarkappen und sterbende Eisbären.

Die zuvor viel beschworene Vorbildfunktion der Industrienationen gegenüber den Schwellenländern war plötzlich keine mehr: Der CO₂-Emissionshandel wurde mit politischen Einflüssen und einer Vielzahl von Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie faktisch außer Kraft gesetzt. Merkels schwarzgelbe Regierung verhinderte in Brüssel zudem nicht nur eine angemessene Verschärfung der Emissionsgrenzen für Autos, sondern auch ausreichende Kontrollmechanismen zu Einhaltung der Grenzwerte. Wie wir heute wissen, war selbst das lasche Schonprogramm zur Reduzierung von Abgaswerten manchem Autokonzern noch zu anspruchsvoll. Man wartet bislang vergebens auf Merkels Empörung über das, was als „Dieselgate“ unrühmlich in die deutsche Industrie-Geschichte eingehen wird.

Dabei wurde noch im letzten Sommer beim G7-Gipfel in Elmau von den Medien das „Comeback der Klimakanzlerin“ gepriesen. Mit dem Rückenwind von Umweltschützern, die per Laser ihre Forderung nach einer globalen Klimawende eindrucksvoll auf das Zugspitzenmassiv projiziert hatten, gelang der überraschende Coup, der Merkel zugeschrieben wurde: Die anwesenden Staaten einigten sich auf ein verbindliches Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung. Alle G7-Länder wollen vor Ablauf des Jahrhunderts den Ausstoß von Treibhausgasen auf Null reduzieren. Beschlossen wurde auch ein Fonds für Klimaschutz in Entwicklungsländern, der von 2020 an jährlich mit 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Mitteln gefüllt werden soll. Und noch wichtiger: Die G7-Staaten versprochen, bei der nächsten UN-Klimaschutzkonferenz Verpflichtungen für eigene Klimabeiträge abzugeben.



Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm 2007 während einer Schiffsrundfahrt durch den Eisfjord bei Ilulissat in Grönland die Folgen der Klimaerwärmung in Augenschein. Foto: dpa/Kappeler

Nächste Woche in Paris ist es so weit. Doch die Erwartungen sind niedrig. Mancher ist froh, wenn sich alle Staaten überhaupt zu irgendwelchen Zielen einigen - eine gemeinsame Willensbekundung wäre immerhin ein Anfang. Dabei hat es derlei eigentlich schon beim Kyoto-Gipfel 1997 gegeben. Merkel vertrat Deutschland damals als Umweltministerin und kämpfte erfolgreich für scharfe Klima-Ziele. Doch die Erwartungen sind seither bescheidener geworden, wohl auch deshalb, weil in den zwei Jahrzehnten seither keine wirklich vorzeigbaren Ergebnisse geliefert wurden.

Die erneute Formulierung des „Zwei-Grad Ziels“ bliebe auch jetzt lediglich ein Symbol. Wenn man es ernsthaft umsetzen wollte, müsste man schon heute beginnen, die Treibhausgase zu vermindern - und zwar ohne Rücksicht auf die Interessen einzelner Länder oder gar Konzerne. Das aber ist utopisch. Dennoch könnte die Klimakonferenz in Paris ein wichtiger Meilenstein für den Klimaschutz werden. Das Zwei-Grad-Ziel impliziert bis zum Jahre 2050 eine Emissionsminderung um 50 bis 70 Prozent gegenüber 2010.

Anders als das Abkommen von Kyoto 1997, das „top-down“ gedacht wurde - man vereinbarte quasi von oben Emissionsminderungsziele in erster Linie für Industriestaaten -, wird Paris aller Voraussicht nach eher ein „Bottom-up“-Ergebnis hervorbringen, in dem jedes Land individuell seine Ziele definiert. Das macht es wahrscheinlicher, dass die Ziele weniger vollmundig ausfallen, dafür aber erreichbar sind und erreicht werden. So könnte man am Ende für den Klimaschutz dennoch viel gewinnen.

Dies ist die von Merkel oftmals beschworene Politik der kleinen Schritte.

Ausgerechnet in Deutschland selbst bewegt sich der Klimaschutz-Zug aber langsamer vorwärts als erwartet. Was weniger an der Bevölkerung liegt, die Merkels Klimakurs überwiegend unterstützt, als an der trägen Masse an finanziell gut ausgestatteten Polit- und Verbands-Funktionären. Die Lobbyisten der Vergangenheit bremsen permanent jeden Fortschritt in Richtung Klimaschutz. Ihrer Klientel fehlt die Fantasie, dass das zügellose Verbrennen fossiler Energien etwas anders sein könnte als eine Spaßbremse für ungebremste Freude am Fahren. Sie können oder wollen sich nicht vorstellen, dass man Wirtschaft anders als mit Kohle, Öl und Gas befeuern kann. Dabei sind nachgewiesenermaßen gerade erneuerbare Energie der Turbo für ein nach-

haltiges Wirtschaftswachstum. Die Kosten dieser Technologien sind massiv gefallen, die Investitionen schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Dass auf dem Grönlandbild 2007 neben Merkel ein stattlicher Mann ebenfalls in roter Windjacke stand, ist fast völlig vergessen. Der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel ist inzwischen Merkels Wirtschaftsminister. In dieser Funktion avancierte er zum beliebten Kohle-Kumpel, der üppige Geschenke an seine Parteigenossen vornehmlich in Nordrhein-Westfalen oder Brandenburg verteilt: Mit der Einführung der sogenannten Klimareserve führte die Bundesregierung genau das ein, was im Jahr zuvor noch vehement abgelehnt wurde: eine unsinnige, teure und klimapoliti-

UN-Klimakonferenz Paris 2015

EINE SERIE DER SÄCHSISCHEN ZEITUNG

tisch fragwürdige Abwrackprämie für alte Kohlekraftwerke. Weiterhin werden die ohnehin schon jahrelang subventionierten Gralshüter fossiler Energien gefüttert. Ein vergoldeter Ruhestand für alte Braunkohlekraftwerke, die in ein paar Jahren ohnehin vom Netz gegangen wären. Die Kraftwerksbetreiber freuen sich, die Stromkunden nicht. Und das Klima leidet.

Galt Deutschland in der Grundschule des Klimaschutzes mal als Musterschüler, so ist dieser Vorsprung mittlerweile weitestgehend verspielt. Merkel kann wenig vorweisen, hat nicht mal die eigenen Hausaufgaben erledigt: Reduzierung der Treibhausgasemissionen? Die selbst gesteckten Ziele sind unerreichbar. Das Tempo der Emissionsminderung müsste sich mindestens verdreifachen. Gesteigerte Energieeffizienz? Der Energieverbrauch ist gesunken, aber viel zu wenig. Das Doppelte wäre erforderlich. Nachhaltige Mobilität? Statt über Elektromobilität reden wir über Betrügereien bei Abgaswerten. Deutschland müsste auf allen Ebenen nachsitzen, wenn nicht der Klassendurchschnitt insgesamt so schwach wäre.

Doch die anderen holen - glücklicherweise - auf. Die USA senken Emissionen, indem sie Kohle durch Gas ersetzen; China investiert massiv in erneuerbare Energien und führt effiziente Klimaschutzmaßnahmen wie den lokalen Emissionsrechtshandel ein. Beide Länder - USA und China - werden beim Pariser Klimagipfel die Wortführerschaft übernehmen.

Dabei hätte Deutschland theoretisch das Zeug zum Klassensprecher. Als Land der Ingenieure und technischen Innovationen könnten wir nicht nur andere für die ökonomischen und ökologischen Vorteile einer globalen Energiewende begeistern; wir könnten auch gleich die entsprechende Technik dafür liefern - wenn nötig mit den entsprechenden Krediten. Der Klimagipfel in Paris hat deswegen eine bedeutende Rolle. Setzen die Staaten fort, was sie in Elmau begonnen haben, dann stehen wir vor einer langfristigen „Dekarbonisierung der Wirtschaft“. In Folge muss das gesamte Energie- und Mobilitätssystem umgestellt werden.

Wie so oft beweisen die Finanzmärkte hier eine größere Sensibilität für künftige Entwicklungen. Berühmte Investoren wie Rockefeller oder Warren Buffet ziehen ihr Geld aus fossilen Energien ab und investieren es in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien. Von dieser „Divestment“-Strategie machen auch immer mehr Fonds oder Universitäten Gebrauch. Immer mehr Investoren suchen nachhaltige Kapitalanlagen, die auf zukunftsweisende Märkte setzen. Die zukunftsorientierte Finanzelite ist in punkto Klimaschutz der Politik voraus.

Angela Merkel, der man oft vorwirft, sich zu wenig von eigenen Werten und zu sehr von Meinungsumfragen leiten zu lassen, wäre gut beraten, sich jetzt auf ihre alten Stärken zu besinnen. Als Physikerin hat sie schon längst verstanden, um was es geht; als Politikerin hat sie gelernt, wie man dabei schrittweise vorwärtskommt. Jetzt könnte sie ihr Gespür für den richtigen Augenblick und die Macht des Moments kraftvoll nutzen. Paris könnte ein großer Wurf werden - für die Kanzlerin und fürs Klima.

Unsere Autorin

■ Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Professorin für Energieökonomie an der Hertie School of Governance in Berlin.
■ Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die Sächsische Zeitung kontroverse Essays, Analysen und Interviews zu aktuellen Themen. Texte, die Denkanstöße geben, zur Diskussion anregen sollen.



Die Lobbyisten der
Vergangenheit
bremsen
permanent jeden
Fortschritt in
Richtung
Klimaschutz.